

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/194

9. Oktober 1972

Fünf Grundrechte für alle Bürger

SPD-Klarstellung zur Kommunalwahl in Hessen

Von Albert Osswald
Hessischer Ministerpräsident

Seite 1 bis 3 / 101 Zeilen

Mehr als ein Höflichkeitsbesuch

Georg Lebers Antrittsvisite in den USA

Seite 4 und 5 / 55 Zeilen

Der Entschluß eines souveränen Staates

Zur diplomatischen Anerkennung der DDR durch
Indien

Seite 6 / 39 Zeilen

Bayern-CSU mit stärkstem Rechtsdrall

Strauß läßt die Arbeitnehmer ausschalten

Seite 7 / 42 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 18, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 02 90 37-38
Telefax: 02 90 646 / 688 847/
880 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Fünf Grundrechte für alle Bürger

SPD-Klarstellung zur Kommunalwahl in Hessen

Von Albert Osswald

Hessischer Ministerpräsident

In diesen Wochen vor den hessischen Kommunalwahlen am 22. Oktober legen wir Sozialdemokraten in allen Gemeinden, Kreisen und Städten unseres Hessenlandes vor unseren Mitbürgern Rechenschaft ab über die kommunalpolitischen Leistungen der letzten vier Jahre. Zugleich schlagen wir im engen Kontakt mit der Bürgerschaft unser Arbeitsprogramm für die nächsten vier Jahre vor. Wir stellen wiederum eine soziale und demokratische Politik zur Wahl.

In der Auseinandersetzung mit unseren politischen Gegnern, vor allem mit der CDU, steht die nicht wegzudiskutierende Tatsache auf unserer Seite, daß das seit Beginn sozialdemokratisch regierte Bundesland Hessen an Wirtschaftskraft und sozialer Lebensqualität alle CDU/CSU-regierten Bundesländer überbunden hat. Das ist das Ergebnis zielbewusster sozialdemokratischer Entwicklungspolitik im Lande wie in den Gemeinden und Kreisen. Die politisch informierten Bürger unseres Landes wissen längst Bescheid über die Tatsache, daß das Land Hessen jährlich Hunderte von Millionen Mark zur Unterstützungentwicklungsschwacher Länder der Bundesrepublik abführen muß. Was in Hessen durch den Fleiß und die Intelligenz der arbeitenden Menschen und mit Hilfe einer wissenschaftlich fundierten politischen Planung an Entwicklungsüberschüssen erwirtschaftet wird, das hilft noch in Bayern und Rheinland-Pfalz Entwicklungsrückstände auszugleichen. Aber wir Hessen wollen uns der Pflicht zur Bundessolidarität nicht entziehen. Wir möchten nur Wert darauf legen, daß sich einige CDU-Wahlkampfstrategen, die unser Hessenland krankjammern möchten, um sich selbst im Land und in den Gemeinden als Sanitätsgehilfen zu empfehlen, bei ihren Parteifreunden jenseits der hessischen

Landesgrenzen einmal näher anschauen und dann etwas bescheidener heimkommen.

Auch die Ablenkungstaktik, mit der bundespolitische Fragen in den hessischen Kommunalwahlkampf eingeschleppt werden sollen, ist nur ein Beweis mehr dafür, daß es der CDU noch immer an konkreten und sachbezogenen Arbeitsprogrammen in den Gemeinden und Kreisen mangelt. Wenn es allerdings gewünscht wird, dann können wir uns auch sehr gelassen auf diesem Felde stellen.

Was sind das z.B. für Wirtschaftsexperten, die uns weismachen wollen, daß es der Wirtschaft immer schlechter ginge, weil die Arbeitnehmer in den letzten Jahren durch eine aktive Lohnpolitik ihren gerechten Anteil am Wirtschaftsertrag eingefordert haben? Tatsache ist doch, daß die Auftragsbestände der deutschen Industrie den Vorjahresbestand um 6,5 vH. übertreffen. Tatsache ist, daß die höchst ärgerlichen Preissteigerungen in unserem Lande immer noch erheblich geringer sind als in den anderen westeuropäischen Industrieländern, die bekanntlich keine sozialdemokratisch geführten Regierungen haben.

Tatsache ist, daß bei uns die Preise seit 1969 um 14,3 vH., die Löhne aber um 37 vH. gestiegen sind, so daß der Arbeitnehmer unterm Strich einen realen Kaufkraftzuwachs von immerhin 22,7 vH. für sich buchen kann. Das muß man unseren Wählern im Lande vor Augen halten, die ständig mit unsinnigem Katastrophengeschrei eingedeckt werden. Wenn die CDU schon die Bundespolitik in den hessischen Kommunalwahlkampf einbringen will, gut, dann können wir nicht zuletzt die Tatsache für uns ins Feld führen, daß die Bundesregierung Willy Brandts die gemeindefreundlichste gewesen ist, die wir je hatten. Sie hat eine Reihe von Leistungen unmittelbar für den Bürger in den Gemeinden erbracht, die als Problem und Aufgabe von früheren Regierungen einfach liegen gelassen worden waren. An die Reform der Krankenversicherung für

Angestellte, an die Erhöhung der Renten und die Anhebung der Einkommensgrenze für die Gewährung von Kindergeld, an die zäh errungenen Fortschritte im Betriebsverfassungsgesetz, an das umweltbewusste Gesetz zur Herabsetzung des Bleigehalts im Kraftstoff, an das Ausbildungsförderungsgesetz - an diese sozialen Leistungen unmittelbar für den Bürger brauche ich nur zu erinnern. Ich hoffe schließlich, daß sich die Wähler in unserem Hessenland bei den Kommunalwahlen daran erinnern werden, welche peinliche Rolle die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag und die Vertreter der CDU/CSU-regierten Länder im Bundesrat gespielt haben, als sie das Gesetz über den Kündigungsschutz für Mieter ablehnten. Der Deutsche Mieterbund nannte das damals völlig richtig eine mieterfeindliche Politik.

Sozialdemokratische Politik, ob im Bund oder in Hessen und seinen Gemeinden, wird allerorten von dem gleichen Grundsatz regiert: Wir wollen gleiche Lebenschancen für alle Bürger schaffen und sichern.

Das ist die stets bewiesene Sozialpflichtigkeit unserer Politik, ob sie sich um die konkrete Beseitigung von Mängeln, Mißständen und Benachteiligungen jetzt und hier kümmert oder ob sie in fundierten Planwerken die Ziele gesellschaftlicher Entwicklung in der Zukunft sichtbar macht. Diese Politik wird im Lande von der sozialliberalen Koalition vertreten.

Chancengleichheit für alle Bürger, das bedeutet auch, daß die breiten Schichten unseres Volkes und daß die benachteiligten Gruppen in unserer Gesellschaft in ausgleichender Weise mehr von der Politik haben müssen als die Oberschichten, wenn das Verfassungsprinzip vom sozialen und demokratischen Rechtsstaat ernst genommen werden soll. Und wir Sozialdemokraten, im Land und in den Gemeinden, genau wie im Bund, nehmen dieses Verfassungsprinzip und die auf ihm ruhende Würde des Menschen ernst. Wir wissen, daß Staat und Kommune Kindergärten und Schulen, Krankenhäuser und Altenheime zuallererst denen schulden, deren Einkommensspielraum beschränkt ist.

Unsere Strukturpolitik im Land und in den Kommunen zielt unmißverständlich darauf ab, fünf Grundrechte für alle Bürger chancengleich zu verwirklichen:

- 1/ Das Grundrecht auf Arbeit und Einkommen.
- 2/ Das Grundrecht auf eine lebensfreundliche Umwelt.
- 3/ Das Grundrecht auf gleichwertige Gesundheitsversorgung und soziale Sicherung.
- 4/ Das Grundrecht auf Bildung.
- 5/ Das Grundrecht auf eine menschenwürdige Wohnung.

(-/ex/9.10.1972/ks)

Mehr als ein Höflichkeitsbesuch

Georg Lebers Antrittsvisite in den USA

Mehr als ein Höflichkeitsbesuch war die erste Reise des Bundesverteidigungsministers Georg Leber in die USA. Washingtoner Beobachter sprachen davon, daß nach den amerikanischen Konsultationen in Moskau und Peking nun eine Runde der Pentagon-Gespräche anlaufe, was im Hinblick auf die anstehenden Vorbereitungen zur "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)" und damit verbunden auf die Sondierungen über gleichgewichtige Truppenreduzierungen (MBFR) von erheblicher Bedeutung ist.

Ging es Georg Leber darum, bei seinem fast einstündigen Vier-Augen-Gespräch mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Melvin Laird die deutsche Politik vor Beginn dieser Verhandlungen noch einmal deutlich zu machen und sich zu vergewissern, daß sich am amerikanischen Truppenengagement in Europa nichts ändere, so traf er damit unmittelbar auch die Interessen seines Gesprächspartners. Melvin Laird, voraussichtlich nur noch wenige Wochen im Amt, wird nachgesagt, daß er in der Vietnam-Politik eher widerwilliger Ausführungshelfer von Richard Nixon gewesen sei. Umso mehr möchte Laird als sein politisches Vermächtnis die Sicherheitspolitik in der westlichen Hemisphäre für seinen Amtsnachfolger nicht- und regelhaft hinterlassen, ob dieser nun Kenneth Bush heißen wird oder, was Eingeweihte für wenig wahrscheinlich halten, Nelson Rockefeller.

In diesem Zusammenhang ist auch die Zusage von Laird nicht unwichtig, daß das US-Manöver "REFORGER" in der Bundesrepublik, das in diesem Herbst stattfinden sollte, aber aus Haushaltsgründen vorerst gestoppt wurde, sofort abbrechen wird, wenn der amerikanische Verteidigungsetat verabschiedet ist. Für die deutsche Position

bei KSZE und MBFR ist dieser Biglift von US-Verbänden nicht zu unterschätzen.

Weit mehr als eine Geste, sondern gerade für die amerikanische Szene ein Zeichen von beträchtlicher psychologischer Bedeutung war ein Essen, zu dem Melvin Laird den Chef der amerikanischen Dachgewerkschaft AFL/CIO, George Meany, eingeladen hatte. Daß dieser mächtige, eigenwillige Mann, dessen Gewerkschaft bei bisher allen Präsidentschaftswahlen die Demokraten unterstützte, diesmal und McGovern nur wegen seines außenpolitischen Konzepts die Gewerkschaft versagt, die Einladung annahm, verblüffte in Amerika. Nicht minder groß war das Aufsehen darüber, daß Meany in Georg Leber zwar einen alten Freund traf, gleichzeitig aber auch den Repräsentanten einer Regierung, deren Ostpolitik er bisher heftig befandete.

Ob Leber Meany von der Richtigkeit der deutschen Politik überzeugen konnte, bleibt offen. Für ihn ist dieses Treffen aber so etwas wie ein Empfehlungsschreiben in der amerikanischen Öffentlichkeit, an deren wohlmeinendem Interesse ihm außerordentlich gelegen ist. Denn Leber hält es für unentbehrlich, daß die Bevölkerung dieses wichtigsten Bündnispartners weiß, daß die finanziellen Opfer, die der deutsche Steuerzahler für die Sicherheitspolitik zu bringen hat, nicht geringer sind, als die der Amerikaner. Nur wenn das in Amerika verstanden wird, nur wenn auch zum Mann auf der Straße durchsickert, daß beispielsweise die amerikanischen und die deutschen Ausgaben für die konventionelle militärische Ausrüstung sich die Waage halten, kann die Bundesrepublik sicher sein, daß die Meinungen der Senatoren Fullbright und Mansfield nicht eines Tages auch die Meinung einer Mehrheit werden.

Florentine Höffmann

(-/ex/9.10.1972/ks)

+ + +

Der Entschluß eines souveränen Staates

Zur diplomatischen Anerkennung der DDR durch Indien

Ob es nun mehr außen- oder nicht doch eher innenpolitische Gründe gewesen sind, die Indien veranlaßt haben, recht überstürzt die Anerkennung der DDR zu vollziehen, das wird sich gewiß recht bald genauer darstellen lassen. Frau Indira Ghandi, Ministerpräsidentin des Subkontinents, sah sich, wie man weiß, vor allem auch in der eigenen Partei erheblichen Drucks ausgesetzt, der sich aus vielerlei Veranlassungskomponenten zusammensetzt, die Beobachtern der Dritten Welt keineswegs fremd sein sollten.

Der Schritt Neu Delhi ist also als solcher keineswegs völlig überraschend gekommen, wie ja auch vorher schon der Entschluß Helsinki, diplomatische Beziehungen mit der DDR aufzunehmen, keine Überraschung mehr gewesen ist. Diese beiden Staaten, der 33. und der 34. in der Reihe der Staaten, die formelle Kontakte mit Ostberlin haben, mußte sich mit diesem für sie aus manchen Gründen bedrückend wichtigen Problem lange genug herumschlagen. Sie haben auch, wie andere Staaten mit und neben ihnen, über viele Jahre hinweg oft auch gegen eigene Interessen dem Wunsch der Bundesrepublik Rechnung getragen, mit der Anerkennung der DDR zu warten, bis die Behandlung des deutschen Problems zumindest praktikabel geworden ist. Sowohl Helsinki als auch Neu Delhi glaubten jetzt, so sagen sie, daß durch die intensiven BRD-DDR-Verhandlungen für den Abschluß eines Grundvertrags zwischen Bonn und Ostberlin dieser Zeitpunkt greifbar nahe vor ihnen und vor uns allen stehe.

Wir können und wollen in Bonn souveränen Staaten nicht vorschreiben, wie sie die Weltlage und auch die Situation in Europa einschätzen. Gerade deshalb muß uns die Feststellung gestattet sein, daß wir den Zeitpunkt der Maßnahme Indiens, so wie vorher des Schritts Finnlands, aus unseren eigenen Interessen heraus, die andere jeder souveräne Staat voll anerkennen wird und muß, für verfrüht und daher auch für nicht gerade hilfreich halten, was aufgrund der stets ausgezeichneten Beziehungen zwischen uns und diesen Staaten deutlich genug erwähnt werden muß.

Rundweg deplaziert ist die Kritik der "Unions"-Parteien. Eine Parteigruppierung, die in den zwei Jahrzehnten, die sie an der Regierungsmacht gewesen ist, für die Regelung der unumgänglich notwendigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf deutschem Boden praktisch nichts getan hat, sollte in allen ihren Äußerungen zu diesem Problem sehr zurückhaltend sein.

(ee/ee/9.10.1972/ks)

+ + +

Bayern-CSU mit stärkstem Rechtsdrall

Strauß läßt die Arbeitnehmer ausschalten

Franz Josef Strauß kann zufrieden sein: Die Delegierten der Christlich-Sozialen Union folgten am Wochenende in München seinem Wunsch und setzten die Überläufer Dr. Starke, Dr. Müller und Zoglmann hintereinander auf sichere Plätze der CSU-Landesliste für die Bundestagswahl vom 19. November. Mit diesen drei Neuerwerbungen hat sich die rechte Schlagseite der CSU erheblich vorstärkt. Kein einziger Delegierter wagte es, offen gegen den Willen des CSU-Vorsitzenden aufzumucken. "Die hitzige Diskussion in der von manchen erwarteten oder erhofften Form hat nicht stattgefunden" freute sich Strauß nach der Konferenz. Der starke Widerstand und der Mißmut innerhalb der CDU im Vorfeld der Kandidatenaufstellung gegen die Absicherung der Renegaten drückte sich tatsächlich nur noch im Abstimmungsergebnis aus. Zoglmann und Müller erzielten die geringsten Stimmzahlen aller Kandidaten: 117 und 122 von 170!

Vorher allerdings hatte Strauß einige Schläppen einzustecken. So konnte er seine Absicht nicht durchsetzen, mit der von Zoglmann repräsentierten "Deutschen Union" gemeinsam für die Bundestagswahl zu kandidieren, was nach dem Wahlgesetz bedeutet hätte, daß CSU-Listen auch außerhalb Bayerns aufzustellen gewesen wären. Mißlungen ist es ihm ferner, dem Überläufer Dr. Müller in Niederbayern einen Wahlkreis zu verschaffen. Es gilt im Übrigen jetzt als gewiß, daß solche Bemühungen bereits zu der Zeit im Gange gewesen waren, als Müller jede Absicht noch weit von sich gewiesen hatte, der SPD den Rücken zu kehren. Müller, der als Vorsitzender der Jungsozialisten seinem heutigen BOB Strauß vor Jahren einmal einen Radiergummi höhnisch mit dem Vermerk geschickt hatte, er sei zum Ausradieren der Sowjetunion bestimmt, hat sich zu einem Kalten Krieger von Überformat entwickelt. Zoglmann steht traditionell am sehr rechten Flügel; er ist wie Dr. Walter Bocher, der ebenfalls wieder einen sicheren Listenplatz bei der CSU erhielt, einer der Repräsentanten des Witiko-Bundes.

Dieser Verstärkung des rechten Flügels steht eine zunehmende Schwächung der Arbeitnehmervertretung in der CSU gegenüber. Die Christlich-Soziale Arbeitnehmerschaft spielte in der CSU sowieso eine noch weit geringere Rolle als der Kätzer-Flügel in der CDU. Obwohl ein weiterer Verfall also kaum mehr möglich schien, zeigte er sich dennoch in der Abwahl des CSA-Vertreters Geisendorfer in seinem Münchner Bundestagswahlkreis. Da damit der einzige CSA-Vertreter aus der CSU-Bundestagsgruppe ausgeschieden wäre, bequeme man sich wenigstens zu seiner Absicherung auf der Landesliste. Auch dieser Vorgang unterstreicht deutlich den immer stärkeren rechtskonservativen Drall der bayerischen CSU.

(ib/ee/9.10.1972/zs)